

**FRAKTION BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
BEZIRKSTAG MITTELFRANKEN  
DANZIGER STR. 5  
91522 ANSBACH**

Bezirk Mittelfranken  
Bezirkstagspräsident Armin Kroder  
Danziger Str. 5  
91522 Ansbach

Bezirksrat Daniel Arnold  
Bezirksrätin Lydia Bauer-Hechler  
Bezirksrätin Andrea Bielmeier  
Bezirksrat Paul Brunner  
Bezirksrätin Christa Heckel  
Bezirksrätin Maria Scherrers

E-Mail: [buero@gruene-bezirkstag-mittelfranken.de](mailto:buero@gruene-bezirkstag-mittelfranken.de)  
Internet: [www.gruene-bezirkstag-mittelfranken.de](http://www.gruene-bezirkstag-mittelfranken.de)

**16. November 2019**

## **Antrag für die Haushaltsberatungen 2020 am 11.12.2019**

Erhöhung der Förderung ambulanter Maßnahmen und Dienste für psychisch kranke und suchtkranke Menschen unter HH-Stelle 4701.7001 um 400.00 Euro

Sehr geehrter Herr Bezirkstagspräsident,

die Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN beantragt für neue und zu erweiternde dringend notwendige Maßnahmen zur Förderung im ambulanten Bereich für psychisch kranke und suchtkranke Menschen in der Haushaltsstelle 4701.7001 zusätzlich 400.000 € einzustellen. Die Gegenfinanzierung erfolgt durch Reduzierung der Zuweisung zum Vermögenshaushalt oder durch Reduzierung der Rücklagen

### **Begründung:**

Niederschwellige ambulante Versorgung ist ein wichtiger Bestandteil, damit Menschen mit Behinderungen, psychisch- und/oder suchtkranke Menschen selbstbestimmt leben und an der Gesellschaft teilhaben können. Sie trägt einen wichtigen Teil zur Lebensqualität dieser Menschen bei.

Die HHSt. 4701.7001 steht zur Förderung für all jene Dienste zur Verfügung, die unverzichtbare niederschwellige und präventive Maßnahmen für psychisch kranke und/oder suchtkranke Menschen anbieten. Fachlich zeigen die Psychosozialen Arbeitsgemeinschaften (PSAG) und Regionalen Steuerungsverbände (RSV) sowie der PKA den Bedarf für die psychosoziale Versorgung in Mittelfranken auf. Die bedarfsgerechte psychosoziale Versorgung in Mittelfranken ist dann eine politische Entscheidung. Der Bezirkshaushalt überlässt den Ausbau den Fraktionen im Bezirkstag. Dieser muss dem festgestellten Bedarf gerecht werden.

Die Anträge, die im Sozialausschuss am 12.11. für den ambulanten Bereich vorgelegt wurden, belaufen sich auf knapp 400.000 Euro. Hierbei wurden die Anträge der Sozialpsychiatrischen Dienste und Psychosozialen Suchtberatungsstellen in Summe von 457.000 Euro nicht berücksichtigt. Für diesen Bereich wird der Versorgungsschlüssel neu verhandelt. Der bedarfsgerechte Ausbau für Sozialpsychiatrische Dienste und Psychosoziale Suchtberatungsstellen soll auf das Jahr 2021 verlagert werden.

Um den Antragsstau konsequent abzubauen, müssen im Haushalt 2020 der Ausbau der Bereiche Zuverdienst und weitere Soziale Fachdienste für psychisch kranke und suchtkranke Menschen voll berücksichtigt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Daniel Arnold  
Maria Scherrers  
Andrea Bielmeier

Paul Brunner  
Christa Heckel  
Lydia Bauer-Hechler